

Inhaltsverzeichnis

21.06.2012 Sitzung des Integrationsrates

Sitzungsdokumente

Einladung Ausschüsse
Niederschrift ö INTRA 13.03.2012

Vorlagendokumente / Antragsdokumente

Top Ö 5	Wahl eines beratenden und stv. beratenden Mitglieds in den Jugendhilfeausschuss der Stadt Bornheim Vorlage	Vorlage: 215/2012-1
Top Ö 6	Handlungsempfehlungen des Landesintegrationsrates NRW für den Fall rechtsextremer Aktivitäten Vorlage Vorlage: 288/2012-5	Vorlage: 288/2012-5 Vorlage: 288/2012-5
Top Ö 7	Handlungsempfehlungen Mitteilung betr. Sachbericht über die Durchführung des Kurses "Starke Eltern - Starke Kinder " für Eltern mit internationalen Wurzeln Vorlage ohne Beschluss Vorlage: 285/2012-5 Sachbericht	Vorlage: 285/2012-5 Vorlage: 285/2012-5

Einladung



Sitzung Nr.	39/2012
INTRA Nr.	2/2012

An die Mitglieder
des **Integrationsrates**
der Stadt Bornheim

Bornheim, den 01.06.2012

Sehr geehrte Damen und Herren,

zur nächsten Sitzung des **Integrationsrates** der Stadt Bornheim lade ich Sie herzlich ein.
Die Sitzung findet am **Donnerstag, 21.06.2012, 18:00 Uhr, im Raum 904 des Rathauses Bornheim, Rathausstraße 2**, statt.

Die Tagesordnung habe ich im Benehmen mit dem Bürgermeister wie folgt festgesetzt:

TOP	Inhalt	Vorlage Nr.
	<u>Öffentliche Sitzung</u>	
1	Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin	
2	Verpflichtung von Ausschussmitgliedern	
3	Einwohnerfragestunde	
4	Entgegennahme der Niederschrift über die Sitzung Nr. 18/2012 vom 13.03.2012	
5	Wahl eines beratenden und stv. beratenden Mitglieds in den Jugendhilfeausschuss der Stadt Bornheim	215/2012-1
6	Handlungsempfehlungen des Landesintegrationsrates NRW für den Fall rechtsextremer Aktivitäten	288/2012-5
7	Mitteilung betr. Sachbericht über die Durchführung des Kurses "Starke Eltern - Starke Kinder " für Eltern mit internationalen Wurzeln	285/2012-5
8	Mitteilungen mündlich	
9	Anfragen mündlich	

Mit freundlichen Grüßen

Gezeichnet: Robert Thomas
(Vorsitzender)

beglaubigt:


(Stadtoberamtsrat)

Niederschrift



Sitzung des **Integrationsrates** der Stadt Bornheim am Dienstag, **13.03.2012**, 18:00 Uhr, im Ratssaal des Rathauses Bornheim, Rathausstraße 2

X	Öffentliche Sitzung
	Nicht-öffentliche Sitzung

Sitzung Nr.	18/2012
INTRA Nr.	1/2012

Anwesende

Vorsitzender

Thomas, Robert

Mitglieder

Beyel Djaga Minlam, Cesaire

Deussen-Dopstadt, Gabriele

Feldenkirchen, Hans Gerd

Kleinekathöfer, Ute

Kretschmer, Gabriele

Rechtmann, Inna

Siebert, Hans-Martin

Bündnis90/Grüne

UWG/Forum-Fraktion

SPD-Fraktion

CDU-Fraktion

FDP-Fraktion

ab TOP 4

Verwaltungsvertreter

Meyer, Herbert

Schriftführerin

Becker, Andrea

Nicht anwesend (entschuldigt)

Cakmak, Cengiz

Vicente Lopez, Diana Lourdes

Wagner, Mark

Tagesordnung

TOP	Inhalt	Vorlage Nr.
	<u>Öffentliche Sitzung</u>	
1	Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin	
2	Verpflichtung von Ausschussmitgliedern	
3	Einwohnerfragestunde	
4	Entgegennahme der Niederschrift über die Sitzung Nr. 54/2011 vom 10.11.2011	
5	Antrag der IRM Beyel Diaga Minlam, Wagner und Rechtmann vom 15.02.2012 betr. Mitgliedschaft im Landesintegrationsrat NRW	118/2012-5
6	Antrag der IRM Beyel Diaga Minlam, Wagner und Rechtmann vom 15.02.2012 betr. Bereitstellung von Haushaltsmitteln	119/2012-5
7	Mitteilungen mündlich	
8	Anfragen mündlich	

Vor Eintritt in die Tagesordnung (der gesamten Sitzung)
--

AV Robert Thomas eröffnet die Sitzung des Integrationsrates der Stadt Bornheim, stellt fest, dass ordnungsgemäß eingeladen worden ist und dass der Integrationsrat beschlussfähig ist.

	<u>Öffentliche Sitzung</u>	
1	Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin	

VA Becker ist bereits zur Schriftführerin bestellt.

2	Verpflichtung von Ausschussmitgliedern	
----------	---	--

Die Ausschussmitglieder sind bereits verpflichtet worden.

3	Einwohnerfragestunde	
----------	-----------------------------	--

Es liegen keine Einwohnerfragen vor.

4	Entgegennahme der Niederschrift über die Sitzung Nr. 54/2011 vom 10.11.2011	
----------	--	--

Beschluss

Der Integrationsrat erhebt gegen den Inhalt der Niederschrift über Sitzung Nr. 54/2011 vom 10.11.2011 keine Einwände.

-Einstimmig-

5	Antrag der IRM Beyel Diaga Minlam, Wagner und Rechtmann vom 15.02.2012 betr. Mitgliedschaft im Landesintegrationsrat NRW	118/2012-5
----------	---	-------------------

Beschluss

Der Integrationsrat beschließt, die Mitgliedschaft im Landesintegrationsrat NRW nach dessen Satzung zu beantragen.

-Einstimmig-

6	Antrag der IRM Beyel Diaga Minlam, Wagner und Rechtmann vom 15.02.2012 betr. Bereitstellung von Haushaltsmitteln	119/2012-5
----------	---	-------------------

Beschluss

Der Integrationsrat

1. empfiehlt dem Bürgermeister, die im Haushaltsjahr 2012 vorgesehenen Mittel nach Genehmigung der Haushaltssatzung auf Abruf zur Verfügung zu stellen und
2. beschließt, die zur Verfügung stehenden Mittel u.a. für individuelle Integrationskurse aufzuwenden.

- Einstimmig -

7	Mitteilungen mündlich	
----------	------------------------------	--

Herr Meyer teilt mit, dass am 14.02.2012 das Gesetz zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration in Nordrhein-Westfalen verkündet wurde.
Danach wird eine Vertreterin/ein Vertreter des Integrationsrates in den Jugendhilfeausschuss gewählt.

8	Anfragen mündlich	
----------	--------------------------	--

AM Kretschmer fragt an, ob jemand an einer der Veranstaltungen

- Interkulturelle Öffnung der Verwaltung am 21.03.2012 in Dortmund
- Erfolgreich im Integrationsrat – Kommunalpolitik mitgestalten – am 31.03.2012 in Düsseldorf

teilnimmt.

AM Beyel Djaga Minlam fragt nach Vorschlägen, ob und welche Themen aus dem Integrationsrat in der geplanten Radiosendung vorgetragen werden könnten.

Ende der Sitzung: 18:30 Uhr

gez. Robert Thomas
Vorsitz

gez. Andrea Becker
Schriftführung



Integrationsrat	21.06.2012
-----------------	------------

öffentlich

Vorlage Nr.	215/2012-1
Stand	10.04.2012

Betreff Wahl eines beratenden und stv. beratenden Mitglieds in den Jugendhilfeausschuss der Stadt Bornheim

Beschlussentwurf

Der Integrationsrat wählt

Herrn/Frau..... zum beratenden Mitglied und

Herrn/Frau..... zum stv. beratenden Mitglied

in den Jugendhilfeausschuss.

Sachverhalt

Durch Artikel 4 des Gesetzes zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration in Nordrhein-Westfalen und zur Anpassung anderer gesetzlicher Vorschriften vom 14.02.2012 wurde § 5 Abs. 1 und 2 des Ersten Gesetzes zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen ergänzt.

Durch diese Ergänzung gehört dem Jugendhilfeausschuss nun als beratendes Mitglied auch eine Vertreterin oder ein Vertreter des Integrationsrates oder Integrationsausschusses an, die oder der durch den Integrationsrat oder Integrationsausschuss gewählt wird. Entsprechendes gilt für den/die Stellvertreter/in.

Eine entsprechende Änderung der Satzung für das Jugendamt der Stadt Bornheim hat der Rat am 24.05.2012 beschlossen.

Das Wahlverfahren richtet sich jeweils nach § 50 Abs. 2 GO.

Finanzielle Auswirkungen

Produktgruppe 1.01.01 (Politische Gremien)

Sach- und Personalaufwand fallen u.a. zur Ergänzung des Verzeichnisses Rat und Ausschüsse, der Anwesenheitslisten für die Ausschüsse und des Ratsinformationssystems in nicht näher ermitteltem Umfang an.

22,40 € Sitzungsgeld je Sitzungsteilnahme für das zusätzliche beratende Mitglied im Jugendhilfeausschuss.

Integrationsrat	21.06.2012
-----------------	------------

öffentlich

Vorlage Nr.	288/2012-5
Stand	29.05.2012

Betreff Handlungsempfehlungen des Landesintegrationsrates NRW für den Fall rechtsextremer Aktivitäten

Beschlussentwurf

Der Integrationsrat nimmt die Handlungsempfehlungen des Landesintegrationsrates NRW zur Kenntnis.

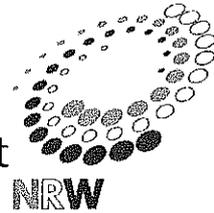
Sachverhalt

Der Landesintegrationsrat NRW hat vor dem Hintergrund der Ereignisse in den letzten Wochen Handlungsempfehlungen „Was tun, wenn Menschen Opfer rechter Gewalt werden oder rechtsextreme Demonstrationen geplant sind?“ für Integrationsräte beschlossen.

Die Handlungsempfehlungen sind in der Anlage beigefügt.

Anlagen zum Sachverhalt

Handlungsempfehlungen



Was tun, wenn Menschen Opfer rechter Gewalt werden oder rechtsextreme Demonstrationen geplant sind?

Die Enthüllungen über rechtsextremistische Gewalttaten und Morde haben Deutschland erschüttert und gezeigt, wie leicht Migrantinnen und Migranten, in ein negatives Licht gerückt werden.

Die Opfer wurden durch Begriffe wie „Dönermorde“ und „Kommission Bosphorus“ von Medien und Polizei diffamiert, obwohl es keinerlei Indiz dafür gab, dass sie mit den Machenschaften organisierter Kriminalität zu tun hatten. Die Angehörigen blieben in ihrer Trauer allein und mussten sich noch verhöhrende Fragen gefallen lassen. Gleichzeitig ignorierten die Polizeiergane alle Hinweise auf die Täter und versäumten jahrelang, ihnen auf die Spur zu kommen. So konnten die Neonazis unbehelligt ihre Blutspur durch das Land ziehen.

Während die Neonazis über ein Jahrzehnt unbemerkt die Morde planten und kaltblütig ausführten, wurden sie von geistigen Brandstiftern unterstützt. Diese sind es, die bei jeder Gelegenheit Stimmung gegen Migrantinnen und Migranten machen. Dass die Neonazis sich als Vollstrecker des „Volkswillens“ betrachteten, ist aus dieser Perspektive einleuchtend.

Gleichzeitig haben staatliche Organe, die auch für den Schutz der Migrantinnen und Migranten verantwortlich sind, die Neonazis unterstützt und waren selbst in deren Umtriebe verstrickt. Viele Migrantinnen und Migranten haben dadurch ihr Vertrauen in den Staat verloren und sind der Ansicht, dass er „auf dem rechten Auge blind“ ist.

„Der Rechtsextremismus kommt aus der Mitte der Gesellschaft“ ist die Quintessenz mehrerer Studien, die belegen, dass alltägliche und latente Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung zunehmend Nährboden und Verbreitung finden. Daher darf das Thema nicht in Vergessenheit geraten. Das rechtsextreme Gedankengut muss nicht nur am „Rande“, sondern auch in der „Mitte“ der Gesellschaft bekämpft werden.

Für die Kommunen heißt das: Offensiv den Kampagnen der extremen Rechten entgegentreten. Zur vorbeugenden Unterbindung rechtsextremer Ideologien sollen Aufklärung und pädagogische Maßnahmen gegen Kampagnen von Rechtsaußen eingesetzt werden. Nun kommt es darauf an, mit konkreten Maßnahmen das verlorene Vertrauen der Migrantinnen und Migranten zurück zu gewinnen.

Der Landesintegrationsrat Nordrhein-Westfalen unterstützt mit der Handlungsempfehlung „Was tun, wenn Menschen Opfer rechter Gewalt werden oder rechtsextreme Demonstrationen geplant sind?“ die Arbeit der Integrationsräte/Integrationsausschüsse vor Ort gegen den Rechtsextremismus.

Es ist wichtig, das Thema in der Kommune zu behandeln, unabhängig davon, ob Rechtsextreme in der Kommune aktiv sind. Stärkt doch jede Präventivarbeit die Demokratie in unserer Gesellschaft und verhindert damit die Verbreitung vom Rechtsextremismus.

Handlungsempfehlungen für Integrationsräte/Integrationsausschüsse

1. Eine Pressemitteilung herausgeben und klare Position gegen rechts beziehen.
2. Die Opfer und deren Angehörige besuchen und Hilfe anbieten.
3. Eine Sondersitzung des Integrationsrates/Integrationsausschusses einberufen, eine Resolution gegen Rechts verabschieden und anschließend zu einer Pressekonferenz einladen (Zur Sondersitzung sollte ein Experte eingeladen werden. Der Landesintegrationsrat hilft bei der Referatensuche).



4. Die Migrantenorganisationen werden gezielt angesprochen und einbezogen.
5. Den Rat auffordern, Rechtsextremismus und Rechtspopulismus mit der gleichen Resolution des Integrationsrates zu verurteilen.
6. In der Resolution wird die Verwaltung bzw. der Rat aufgefordert, jährlich einen Bericht über die Aktivitäten der Rechten in der Kommune vorzulegen und Maßnahmen gegen die rechte Gefahr zu entwickeln.
7. Die Vertreter der Stadt (Bürgermeister, Dezernenten, Ratsvertreter, Amtsleiter etc.) auffordern, bei jedem offiziellen Auftritt im Namen der Stadt die rechte Gesinnung zu verurteilen (dies kann als eine besondere Aktion und in einem bestimmten Zeitraum geplant und durchgeführt werden).
8. Der Integrationsrat fordert den Rat auf, bei Bedarf den Opfern konkrete Hilfe anzubieten.
9. Eine Demonstration bzw. Kundgebung organisieren bzw. sich daran beteiligen, wenn solche geplant sind.
10. Die Einrichtung einer Beratungsstelle gegen Rechtsextremismus und -populismus in der Kommune fordern (Beratungsnetzwerk NRW gegen Rechtsextremismus einbeziehen).
11. Alle Bewohner der Stadt auffordern, rechtsextreme Gewalttaten oder ähnliche Straftaten anmelden und anzeigen.
12. Die Schulen auffordern, das Thema aus aktuellem Anlass im Unterricht zu behandeln. (Unterrichtsmaterialien über LZPB beziehbar).
13. Eine lokale Kampagne gegen Rechts starten (Bsp. „Eschweiler hat keinen Platz für Rassismus“).
14. Logo gegen Rechts entwickeln (lassen) und in Form von Plakaten, Sticker, Aufkleber, Bierdeckel, Streichholzer, Kugelschreiber, T-Shirt, Einkaufstasche etc. möglichst flächendeckend in der Stadt verteilen (Bsp. „Kein Ort für Neonazis“), so dass überall zu sehen ist, dass rechte Gesinnung keinen Platz in der Kommune hat.
15. Das Logo gegen Rechts wird auf der ersten Seite des Internetauftritts platziert.
16. Der gesamte Briefverkehr der Kommune wird mit dem Logo gegen Rechts versehen.
17. Alle ÖPNV und andere Autos der Stadt (Stadtwerke, Müllwagen) werden mit dem Logo versehen.
18. Alle Menschen, die die Kommune Anrufen, hören als erstes einen bestimmten Ansage wie
z. B. „In XXXX wird die rechte Gesinnung geächtet“.
19. Die lokalen Medien auffordern, Initiativen gegen Rechts zu unterstützen und das Thema regelmäßig in einer Sonderseite zu behandeln.
20. Prominente Personen der Kommune sollen aufgefordert werden, öffentlich gegen Rechts Position zu beziehen.
21. Alle Kinos auffordern, vor dem Beginn des Films, nach dem Werbeblock, den Kurzfilm „Handicap“ (www.gesichtzeigen.de) zu zeigen.
22. An die Opfer der Nazis während des Dritten Reichs erinnern und die Geschichte dieser Menschen in der Stadt sichtbar machen.

Integrationsrat	21.06.2012
-----------------	------------

öffentlich

Vorlage Nr.	285/2012-5
-------------	------------

Stand	25.05.2012
-------	------------

Betreff Mitteilung betr. Sachbericht über die Durchführung des Kurses "Starke Eltern - Starke Kinder " für Eltern mit internationalen Wurzeln

Sachverhalt

Der Kurs „Starke Eltern – Starke Kinder®“ für Eltern mit internationalen Wurzeln wurde mit finanzieller Unterstützung des Integrationsrates durchgeführt (s. Vorlage Nr. 385/2011-5).

Der Sachbericht der Volkshochschule Bornheim/Alfter über die Durchführung des Kurses ist zur Kenntnisnahme beigefügt.

Anlagen zum Sachverhalt

Sachbericht

Sachbericht über die Durchführung des Kurses

Starke Eltern - Starke Kinder® - für Eltern mit internationalen Wurzeln

In Zusammenarbeit mit dem städt. Familienzentrum 'Haus Regenbogen' und dem Integrationsrat der Stadt Bornheim

Angeregt durch die erste Integrationskonferenz im Rahmen des KommIn-Projektes bot die VHS Bornheim/Alfter in Zusammenarbeit mit dem Stadtteilbüro und dem städt. Familienzentrum 'Haus Regenbogen' mehrere kostenlose Gesprächsvormittage für Mütter mit Migrationshintergrund an. Bei den im Frühjahr bis nach den Sommerferien 2011 stattfindenden Veranstaltungen äußerten die Teilnehmerinnen Interesse an einem strukturierten Kurs 'Starke Eltern - Starke Kinder®', um mehr Sicherheit in der Erziehung zu erlangen.

Mit finanzieller Unterstützung des Integrationsrates / des Ausschuss für Schule, Soziales und demographischen Wandel organisierte die Volkshochschule daraufhin einen entsprechenden Kurs mit einem Umfang von 10 Unterrichtseinheiten à 2 Zeitstunden. Die Kursleitung übernahm Frau Ayse Uygun-Altunbas, Sozialpädagogin mit türkischem Migrationshintergrund und vom Deutschen Kinderschutzbund ausgebildete Elternkursleiterin, die auch die Gesprächsvormittage geleitet hatte.

Die Akquise der Teilnehmerinnen erfolgte über Handzettel und insbesondere die persönliche Ansprache durch die Leiterin des Stadtteilbüros, den Leiter des Familienzentrums und die Dozentin.

Vor dem ersten Kurstermin am 30.09.2011 lagen 8 schriftliche Anmeldungen vor, es nahmen jedoch nur 6 Frauen teil. Die Beteiligung verringerte sich in den folgenden Wochen. Im November kam nur noch jeweils eine (allerdings immer eine andere) Teilnehmerin zum Kurs.

Trotz intensiver Bemühungen und persönlicher Ansprache vor jedem Kurstermin gelang es nicht, die angemeldeten Teilnehmerinnen zu einem regelmäßigen Kursbesuch zu motivieren.

Nachdem am 2.12. keine Teilnehmerin mehr kam, wurde der Kurs eingestellt.

Der Förderbetrag belief sich auf 613,65 € (Honorarkosten und Fahrtkosten der Dozentin abzüglich der Teilnahmegebühren von 5,00 €/Teilnehmerin).

Auch wenn der Kurs nicht wie vorgesehen zu Ende geführt werden konnte, wurde das Ziel, die Erziehungskompetenz der Eltern mit internationalen Wurzeln zu stärken und sie mit dem deutschen Kindergarten/Schulsystem vertrauter zu machen, immerhin ansatzweise erreicht. Für künftige Kurse ist bei der Konzeption zu überlegen, wie die Motivation der Teilnehmenden längerfristig gesichert werden kann.

Bornheim, 02.04.2012
Gez. Schwartzmanns

Inhaltsverzeichnis

39/2012, 21.06.2012, Sitzung des Integrationsrates	1
Sitzungsdokumente	
Einladung Ausschüsse	2
Niederschrift ö INTRA 13.03.2012	3
Vorlagendokumente	
TOP Ö 5 Wahl eines beratenden und stv. beratenden Mitglieds in den Jugendhilfea	
Vorlage 215/2012-1	6
TOP Ö 6 Handlungsempfehlungen des Landesintegrationsrates NRW für den Fall rech	
Vorlage 288/2012-5	7
Handlungsempfehlungen 288/2012-5	8
TOP Ö 7 Mitteilung betr. Sachbericht über die Durchführung des Kurses "Starke E	
Vorlage ohne Beschluss 285/2012-5	10
Sachbericht 285/2012-5	11
Inhaltsverzeichnis	12